

FH Bielefeld – Fachbereich Sozialwesen

Boycott des CHE –Rankings

15.07.2010

Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Bielefeld beschließt, das Hochschulranking des "Centrums für Hochschulentwicklung" (CHE) zu boykottieren und wird sich nicht an der dafür erforderlichen Datenerhebung beteiligen.

Das CHE ist 1994 von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gegründet worden mit dem Ziel, die wettbewerbsorientierte Modernisierung der Hochschulen voran zu treiben. Auf dem "Fachbereichstag Soziale Arbeit" (Mai 2010) haben die Fachhochschulen Emden, Hannover, Ludwigshafen und Merseburg mitgeteilt, dass sie das Ranking boykottieren werden. Auch an den Universitäten Bonn, Kiel und Siegen hat sich der Widerstand dagegen formiert.

Diese Stellungnahme des Fachbereichs wird auf der Homepage des Fachbereichs Sozialwesen veröffentlicht, um die Studierenden und potentielle Interessierte über die Gründe des Boykotts zu informieren. Ferner fordert der Fachbereich Sozialwesen das CHE nachdrücklich auf, diese Stellungnahme im Kontext des Ranking zu veröffentlichen. Die bisherige Praxis, die Existenz von kritischen Stimmen aus den Studiengängen der Sozialen Arbeit zu verschweigen, führt dazu, dass die Studienanfänger und Studienanfängerinnen lückenhaft und daher tendenziös informiert werden. Durch diesen aparten Gebrauch seiner Monopolstellung stiftet das CHE selber weitere fragwürdige Kriterien im Rahmen eines Ranking, dessen Objektivität als höchst problematisch einzustufen ist.

Ziel dieser Stellungnahme ist darüber hinaus die Vernetzung der bisherigen vereinzelt Aktivitäten an den Hochschulen, um eine gemeinsame Strategie gegen das CHE-Ranking als Ausdruck der Ökonomisierung der Hochschulpolitik zu entwickeln.

Zur Begründung des Boykotts

Die Reform der Hochschulen, d.h. die politische Neudefinition und Umwandlung der Hochschulen von Körperschaften des öffentlichen Rechts zu quasi-Unternehmen, die Kriterien ökonomischer Effizienz unterliegen sollen, hat ihren Ausgangspunkt in der politischen Sorge um die ökonomische Attraktivität des Standorts Deutschland. Ausgehend von einer strategischen Betrachtung von Bildung und Forschung als Ressource für die Volkswirtschaft, die im internationalen Wettbewerb reüssieren soll, entwickelte die Politik neue Leitlinien für die Organisation von Bildung und Forschung.

Zur Charakterisierung des Paradigmenwechsels in der Hochschulpolitik wird hier zunächst exemplarisch auf die zunehmende Bedeutung der sog. "Drittmittelforschung" für die Finanzierung der anwendungsbezogenen Forschung eingegangen. Die Forschungsarbeit der Lehrenden an den Hochschulen wird immer stärker davon abhängig gemacht, dass die Existenz eines Interesses "Dritter" - insbesondere aus der Privatwirtschaft, aber auch von externen Non-Profit-Organisationen - vorliegt, das die "Nützlichkeit" des Forschungsvorhabens garantieren soll. Somit wird also ein außer-wissenschaftliches Kriterium - die Verwertbarkeit - zum Gütesiegel für die Lizenz zum Forschen gemacht; ein

logischer Widerspruch, der einerseits notwendigerweise zur Bevorzugung der naturwissenschaftlichen und technischen Fachbereiche führt und andererseits die Subsumtion der anwendungsbezogenen Forschung unter ihr vorgegebene Maßstäbe der "Relevanz" ihrer Fragestellungen impliziert. Die Hochschullehrerschaft wird somit in positivistischer Manier zur Dienstleistung für eine vorausgesetzte ökonomische, gesellschaftliche und politische Praxis verpflichtet, eine kritische theoretische Auseinandersetzung mit ebendieser als "praxisferner Elfenbeinturm" marginalisiert.

Im sog. "Bolognaprozeß" haben sich die Bildungsminister aller europäischen Nationen darauf verpflichtet, bis zum Jahre 2010 einheitliche Bachelor- und Masterabschlüsse einzuführen, um auf diese Weise das Bildungssystem zu modernisieren und zugleich die Europäische Union als einheitlichen Bildungsmarkt zu definieren, auf dem die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse und somit die Mobilität der akademischen Arbeitskräfte gewährleistet ist. Für die Masse der Studierenden bedeutet diese Modernisierung, dass sie seither weniger lernen darf, weil der erste berufsqualifizierende Abschluss bereits nach 6 Semestern erreicht werden kann. Die bildungsökonomisch erwünschte Verkürzung der Studiendauer um 2 Semester soll die Kosten für die "Hochschulverweilzeiten" senken; der Masterabschluss steht nur einem bestimmten Prozentsatz der Studierenden offen und berechtigt anschließend zur Fortsetzung der wissenschaftlichen Ausbildung oder zur Tätigkeit in leitender Stellung in Wirtschaft oder Verwaltung.

Die wesentlichen Zielsetzungen des "Bolognaprozesses" sind durch die Ergebnisse der Hochschulreform unter dem Vorzeichen der Einführung marktvermittelter Konkurrenz um Qualität und Ansehen konterkariert worden: Um sich im verordneten Wettbewerb um Studierende und letztlich auch Finanzierungen gegen andere Hochschulen durchsetzen zu können, hat jede Hochschule ihr je eigenes "Profil" konstruiert, was im Ergebnis nicht zu einer Vereinheitlichung des nationalen "Bildungsmarkts" geführt hat, sondern zu einer Ausdifferenzierung und Pluralität des Bildungsangebots und der Lehre an den Hochschulen. Dieses Resultat der Ökonomisierung der Hochschulpolitik stellt die Vergleichbarkeit der Studiengänge der Sozialen Arbeit prinzipiell in Frage.

Die methodischen Einwände gegen die Vorgehensweise beim CHE-Ranking, die u.a. vom Fachbereich "Sozial- und Gesundheitswesen" der Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein und Mitgliedern der Hochschule Merseburg formuliert worden sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die fehlende Transparenz der Vorgehensweise des CHE bei der Datenerhebung ist kritikabel. Es fehlen z.B. Informationen über die Zusammensetzung der Stichproben, die für die Beurteilung der Repräsentativität der Stichproben relevant sind (z.B. Anzahl der Befragten und deren sozio-demografische Struktur).
2. Das Ranking misst die Zufriedenheit, also subjektive Befindlichkeiten von Studierenden, vielleicht auch nur momentane Stimmungen, man weiß es nicht. Kritisch sozialisierte Studierende werden evt. "ihre" Hochschule negativer beurteilen als Studierende, die sich unbedingt mit "ihrer" Hochschule identifizieren und daher positiv bewerten. Eine gute Lehre kann also paradoxerweise zu einem schlechten Ranking führen.
3. Zur Logik des Vergleichs zwischen den einzelnen Studiengängen der Sozialen Arbeit wäre kritisch anzumerken:
Am Studienort X sind mehr Studierende = Gruppe A zufriedener als die Gruppe B am Studienort Y. Für die Gruppe C der potentiellen Studienanfängerinnen und -anfänger ist diese

Auskunft völlig nutzlos, denn Gruppe A kennt die Studienverhältnisse der Gruppe B gar nicht und somit existiert kein vergleichendes Subjekt, das der Gruppe C eine valide Information liefern könnte.